



WAHLPROGRAMMCHECK

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Am 23. Februar 2025 ist Bundestagswahl. In unserer Reihe "Wahlprogrammcheck" schauen wir uns die Programme zu den für uns relevanten Themen Steuern, Altersvorsorge und Wettbewerbsfähigkeit an. Hier zum wichtigen Thema Wettbewerbsfähigkeit der Fondsindustrie durch Bürokratieabbau.

Problem

Als größte Volkswirtschaft Europas muss es Deutschlands Anspruch sein, einen europäisch und global wettbewerbsfähigen Finanzplatz zu haben. Ein leistungsfähiger Kapitalmarkt trägt zu Investitionen und der Sicherung des Wohlstands bei. Neben einer starken und innovativen Finanzindustrie bedarf es dazu auch der richtigen Rahmenbedingungen und politischen Unterstützung für eine Kapitalmarktkultur. Letzteres fehlt trotz anderslautender Bekenntnisse seit Jahren. Die Politik hat viel zu lange einseitig auf Verbraucherschutz und Finanzmarktstabilität gesetzt und zuletzt zusätzlich die Nachhaltigkeitsregulierung kompromisslos vorangetrieben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzwirtschaft wurde vernachlässigt. In der europäischen Fondsindustrie verursacht die überbordende Bürokratie hohe Kosten, schmälert die Innovationskraft und senkt ihre Wettbewerbsfähigkeit, ohne einen überzeugenden Mehrwert zu bieten.

Was planen die Parteien?

Alle Parteien sind sich einig, dass ein massiver Bürokratieabbau wesentlich für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland ist. Nach

jahrelangem Aufwuchs von Regeln und Pflichten mit zweifelhaftem Nutzen soll es nun eine Kehrtwende geben.

CDU/CSU wollen die Bürokratie mittels Entrümpelungsgesetzen und Bürokratie-Checks abbauen und Papierkram beseitigen. Statistikpflichten und Doppelstrukturen sollen abgebaut werden. Ein „Anti-Gold-Plating-Gesetz“ soll Regeln zurücknehmen, die über europäisches Recht hinausgehen, und künftig jegliche Übererfüllung unterbinden. Das deutsche Lieferkettengesetz wird abgeschafft. Europäische Belastungen bei den Regeln für nachhaltige Investitionen, der Taxonomie oder der Nachhaltigkeitsberichterstattung sollen entschärft werden. Bezogen auf die Kapitalmarktunion soll die Regulierung auf ihre Wettbewerbsfähigkeit geprüft und mit den Standards außereuropäischer Finanzplätze abgeglichen werden.

Die FDP fordert ein dreijähriges Moratorium, in dem keine neuen bürokratischen Regeln beschlossen werden dürfen, und ein bürokratiefreies Jahr, in dem Betriebe keine Berichtspflichten erfüllen müssen. Es soll ein jährliches Bürokratieentlastungsgesetz geben und eine Bürokratiebremse im Grundgesetz. Gegenüber europäischem Recht fordert die FDP ein Gold-Plating-Verbot und eine Erfassung von Bürokratiekosten, um Ziele für den Bürokratieabbau vorzugeben. Regelungen wie die Taxonomie, die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Lieferkettenrichtlinie oder zur Kreislaufwirtschaft sollen vollständig abgeschafft werden. Die Erweiterung der bestehenden Taxonomie um Soziales lehnen die Liberalen ab.

Die SPD will neue Gesetze und Novellierungen vor

Verabschiedung auf Wirksamkeit, Bürgernähe, Praxistauglichkeit und Digitaltauglichkeit testen und bestehende Gesetze schrittweise überprüfen. Dazu sollen Bürger-, Praxis- und Digitalchecks verbindlich in der Gesetzgebung verankert werden. Die SPD will Wirtschaft, Länder und Kommunen zu einem Gipfel einladen, der weitere konkrete Maßnahmen erfasst und verabredet. Auf nationaler und EU-Ebene will die SPD den Abbau von Bürokratie durch Zusammenführung, Vereinfachung und Digitalisierung von Dokumentations- und Berichtspflichten vorantreiben. Explizit zum Bürokratieabbau in der Finanzmarktregulierung äußert sie sich nicht.

Die Grünen wollen durch regelmäßige Überprüfungen von Regeln Anforderungen vereinfachen und Vorschriften streichen, die ihr Ziel verfehlen. Gemeinsam mit Betroffenen sollen Hürden bestimmt und praktische Lösungen zu deren Abbau identifiziert werden. Dieses Verfahren soll flächendeckend ausgerollt und bei der Gesetzgebung vorab umgesetzt werden. Bei jedem Gesetz soll künftig die Umsetzbarkeit für Bürger, Unternehmen und Verwaltung im Vordergrund stehen.

Die AfD will die Bürokratie durch die Abschaffung von Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz und EU-Lieferkettenrichtlinie, den Abbau der Nachhaltigkeitsberichterstattung sowie eine drastische Reduzierung von Vorschriften, Berichts- und Dokumentationspflichten für Mittelstand und Landwirte abbauen.

Das BSW sieht den Bürokratieabbau als wichtigen Schlüssel für Wachstum und Innovation und will unnötige Regeln, Auflagen und Prozesse abbauen und Verfahren vereinfachen. Es lehnt die Übererfüllung von EU-Standards in nationales Recht ab. EU-Auflagen, die Unternehmen übermäßig belasten, deren Nutzen jedoch fragwürdig ist, sollten nicht mehr in nationales Recht übernommen werden. Als Sofortmaßnahme will es die Nachhaltigkeitsberichterstattung aussetzen und eine Reform des Lieferkettengesetzes durchführen, um das Verhältnis von Nutzen zu Aufwand zu verbessern. Kleine und mittlere Unternehmen sollen stärker von Berichtspflichten befreit werden. Zweimal im Jahr sollen die Behörden den Fokus darauf richten, welche Regeln und Richtlinien nicht mehr gebraucht werden und wie Verfahren und Prozesse vereinfacht und beschleunigt werden können.

Bewertung

Die allgemeine Erkenntnis der Parteien, dass die überbordende Bürokratie die deutsche Wirtschaft ohne erkennbaren Nutzen lähmt, ist ein positives Signal. Das von der FDP vorgeschlagene Moratorium geht dabei am weitesten, da es künftige Bürokratie erst gar nicht entstehen lassen würde. Anti-Gold-Plating-Gesetze, wie von FDP und CDU/CSU vorgeschlagen, sind sinnvoll, müssen aber nationale Besonderheiten berücksichtigen. Ob Überprüfungen und Bürokratieentlastungsgesetze die gewünschte Wirkung bringen, bleibt abzuwarten. Positiv ist auch, dass die völlig aus dem Ruder gelaufenen Nachhaltigkeitsregeln vereinfacht oder sogar ausgesetzt werden sollen. Bürokratielasten liegen allerdings nicht nur beim Thema Nachhaltigkeit vor, sondern zum Beispiel auch im Finanzvertrieb. Als Fondswirtschaft wünschen wir uns von den Parteien auch hierzu Vorschläge.

Forderung an den Koalitionsvertrag

Seit Jahren kritisieren wir die überbordende Bürokratie und fordern mehr prinzipienbasierte Regeln. Behörden müssen bei Abwägungsentscheidungen neuer Regeln auch die Wettbewerbsfähigkeit der Finanzindustrie berücksichtigen. Wir fordern Mut zur Deregulierung. Bevor neue Anforderungen entwickelt und eingeführt werden, müssen bestehende Regelungen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft und vereinfacht werden. Die EU-Kleinanlegerstrategie sollte überdacht werden, denn sie führt wieder nur zu mehr Bürokratie für Anbieter, Kunden und Aufseher. Die Nachhaltigkeitsregulierung muss deutlich vereinfacht und gestrafft werden, um sinnvoll zu wirken. Insgesamt fordern wir einen Wandel hin zu Vorschriften, die für die Branche und die Anleger praxistauglich sind und ihre Ziele erreichen.

BVI-Forderungen:

- Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Finanzindustrie als Regulierungsziel verankern.
- Mehr prinzipienbasierte Regeln, statt Detailvorschriften, die an der Praxis vorbeigehen.
- Gesetzgebungsideen auf ihre praktische Umsetzungsmöglichkeit prüfen.
- EU-Kleinanlegerstrategie überdenken.
- Nachhaltigkeitsregeln verschlanken.